

# Konferenzbericht

## Der Runde Tisch: ein verfassungs- politisches Instrument

Kriszta Kovács

„19 89 19: Thirty Years After the Round Tables“, Workshop am 27. November 2019 am WZB, organisiert von Kriszta Kovács (Center for Global Constitutionalism am WZB)

1989 ging als Jahr in die Geschichtsbücher ein, in dem sich die Regierungen sowjetischen Typs in Osteuropa auflösten. Sie kollabierten nicht durch klassische Revolutionen; vielmehr fanden Verhandlungen an Runden Tischen zwischen undemokratischen Machthabern und der demokratischen Opposition statt.

Anfang Februar 1989 etablierte Polen als erstes Land einen Runde Tisch. Die Teilnehmer des ungarischen Runden Tisches kamen Mitte Juni zusammen. Zwischen November und Dezember fand in der Tschechoslowakei eine Reihe von Verhandlungen statt. In der DDR schließlich wurde der Runde Tisch Anfang Dezember einberufen. Indem die Runden Tische, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, freien und kompetitiven Wahlen das Feld bereiteten, schufen sie die Voraussetzungen für friedliche Transformation. Wo befinden sich die genannten Länder heute im Prozess des demokratischen Wandels? Wann war dieser Wandel abgeschlossen – falls er das je war?

Zwischen Politikern von links bis rechts der Mitte, die sich zum Konstitutionalismus bekennen, und öffentlichen Intellektuellen scheint Konsens darüber zu bestehen, dass die demokratische Wiedergeburt mit den Runden Tischen des Jahres 1989 begann. Sie waren der erste Schritt im Prozess der Entstehung demokratischer Verfassungen, und dieser transformative Prozess endete mit der Verabschiedung der neuen Verfassungen durch demokratisch gewählte Legislativen.

Seit dem Aufstieg radikal rechter nationalistischer Parteien in jüngster Zeit gerät ein neues Narrativ in Umlauf. Insbesondere die derzeit in Ungarn und Polen regierenden Fidesz- und PiS-Politiker behaupten, dass ihre Länder 1989 mit den Runden Tischen einen falschen Weg eingeschlagen hätten. Ihnen zufolge schlossen zwei zentrale Akteure, die undemokratischen

Machthaber und die liberalen demokratischen Kräfte, einen politischen Kompromiss, der das Fundament der neuen Republiken korrumpierte. Sowohl für Fidesz als auch für die PiS blieb die Samtene Revolution von 1989 unvollendet, und beide behaupten, zur Vollendung in der Lage zu sein. Das ist aber falsch. Die Runden Tische führten zu konsolidierten Demokratien, in denen beide Parteien in den Jahren 2010 und 2015 friedliche, freie und faire Wahlen gewannen.

In den 1990er-Jahren wurde das Jahr 1989 oft als *Annus mirabilis*, als „wunderbares Jahr“ bezeichnet. Heute aber sind die Menschen in den Visegrád-Staaten in ihrer Haltung gespalten. Für einige ist der Runde Tisch ein Symbol für den erfolgreichen Übergang zur Demokratie. Für andere hingegen ist schon seine Erwähnung eine hochgradige Provokation. Diese tiefe Spaltung könnte ein Grund dafür sein, dass der 30. Jahrestag der Runden Tische nicht groß gefeiert wurde. Dieses Ausbleiben der Erinnerung an die demokratische Wende veranlasste Kriszta Kovács zusammen mit Alexander-von-Humboldt-Fellow Gábor Attila Tóth am WZB Center for Global Constitutionalism einen Workshop zu den Runden Tischen zu organisieren. Eingeladen waren Andrew Arato, Christian Boulanger, Petra Gümplövá, Jarosław Kuisz, Michael Meyer-Resende, Zsuzsanna Szélényi und Karolina Wigura. Es ging nicht nur um die Erfolge und Misserfolge von 1989, sondern auch um die Frage nach der heutigen Relevanz der Runden Tische. Hier wurden verschiedene Probleme diskutiert. Der Mangel an demokratischer Legitimation ist zum Beispiel ein grundlegendes Bedenken derjenigen, die den Runde Tisch als ein zusätzliches oder alternatives legislatives Organ betrachten, dessen Mitglieder den Status von Abgeordneten haben sollten. Möglich ist es allerdings auch, den Runde Tisch der Sphäre des politischen Dialogs zuzurechnen. Angeregt wurde auch, ihn als eine nicht ideale Institution unter subidealen Bedingungen zu sehen: Er stößt einen koordinierten Prozess des Verfassungswandels zwar an, überlässt dessen Vollendung jedoch einer Versammlung mit demokratischem Mandat. Werden Runde Tische als institutionalisierte Foren gesehen, die die Einbeziehung aller legitimen Akteure in Verhandlungen über Verfassungsnormen ermöglichen, könnten sie nicht nur in nationalen, sondern auch in internationalen Gesetzgebungsprozessen oder bei der Erarbeitung von Normen der Global Governance eine wichtige Rolle spielen.